

Sitzungen im Rathause. Der Stadtsenat hält Dienstag 10 Uhr vor- mittags eine Sitzung ab. Der Gemeinderat tritt am Freitag 4 Uhr nach- mittags zu einer Geschäftsitzung zusammen.

Kommunale Auszeichnungen. Der Gemeinderat hat in vertraulicher Sit- zung Dr. Robert Kunitzer in New-York in dankbarer Anerkennung seiner hervorragenden Mitwirkung in der amerikanischen Hilfsaktion für die Wiener Kinder die eiserne Salvatormedaille verliehen. - Dem Schöpfer des Johann Strausse-Denkmales Hofrat Professor Edmund Hellmer wurde in Würdigung seiner hervorragenden Leistungen auf dem Gebiete der Bild- kerkunst zum Bürger der Stadt Wien ernannt.

Titelverleihung. Der Gemeinderat hat in vertraulicher Sitzung den Konskriptionsamts-Vizedirektor Gustav Henel anlässlich seiner Versetzung in den bleibenden Ruhestand in Anbetracht der stets vor- züglichen Dienstleistung den Titel Konskriptionsamts-Direktor verlie- hen. - Dem Branddirektor-Stellvertreter Richard Mayer wurde anlässlich seiner Versetzung in den dauernden Ruhestand in Würdigung seiner hervorragenden aufopferungsvollen Dienstleistung der Titel Branddirek- tor verliehen.

Fett- und Mehlabgabe. Vom 2. bis 8. Oktober werden bei den städtischen Mehlabgabestellen und bei den Konsumentenorganisationen 12 3/4 kg Mar- garine zum Preise von K 20.40 gegen Abtrennung des Abschnittes 264 der Mehl- und Fettbezugskarte abgegeben. - Als normale Wochenration wird in der genannten Woche ein Viertel Kilogramm Verschleißmehl zum Preis von K 42.- per kg ausgegeben. Außer der normalen Ration wird pro Bezugsberechtigten 1/2 kg Plusmehl zum Preise von K 124.- gegen Abschnitt „L“ abgegeben.

Petroleumpreiserhöhung. Durch die vom Bundesministerium für Handel und Gewerbe verfügte Erhöhung der Petroleumgrundpreise und der Fag- vergütung erhöht sich ab 2. Oktober der Preis für 1 Liter Petroleum von K 35.60 auf K 38.-.

Haushaltenabgabe. Freitag, den 7. Oktober sind die Hauslisten für die nächste Lebensmittelausgabe in der bisher vorgeschriebenen Weise bei den Brotkommissionen abzugeben.

Mehlmigration. Haushalte und Einzelpersonen, die mit Ablauf der gegenwärtig gültigen Mehl- und Fettbezugskarte von der zuständigen städtischen Mehlabgabestelle zu einer Konsumentenorganisation oder umgekehrt übertreten wollen, müssen den Uebertritt bis längstens 7. Oktober der zuständigen Brotkommission anzeigen.

Brückensperre. Der Bischofsteig über den Wienfluss wird am Montag, den 3. Oktober wegen Vornahme von Erhaltungsarbeiten auf ungefähr 3 Wochen für den Verkehr gesperrt.

#### Eine Woche Brot- und Mehlpreistaffelung.

Vom Obermagistratsrat Dr. Jamöck.

Täglich in der abgelaufenen Woche wurden für diejenigen Einzel- personen und Haushaltungsvorstände, welche sich in die Ober- oder Mittelgruppe nach dem Preistaffelungsgesetze eingereiht haben, in den Brotkommissionen die Erklärungen abgegeben. Dasselbst wurden die nötigen Berechnungen gemacht und jeder Partei ein Posterscheine

eingehändigt, der die Siegel der Brotkommission trägt und den zu zahlenden Betrag sowie den Namen der Partei aufweist. In den meisten Fällen wurden die Zahlungen bereits am nächsten oder übernächsten Ta- ge der Ausstellung des Erlagscheines durch Präsentation des Empfang- scheines nachgewiesen und die Brot- und Mehlkarten mit dem Gültig- keitsstempel versehen. Der Dienst in den Brotkommissionen gestaltete sich in ganz verschiedener Weise. Während in den Brotkommissionen der begüterten Bezirke, ~~insbesond~~ <sup>man</sup> im 1. Bezirke, ein ausseror- dentlicher Parteienverkehr herrschte, waren in den Brotkommissionen der ärmeren Bezirke nur verhältnismässig wenig Parteien er- schienen. Namentlich in den ersten Tagen wurden die Kommissionen, die Abteilungen der magistratischen Bezirksämter und das Bezirkswirt- schaftsamt mit den mannigfachen Fragen beunruhigt. Es heißt ja jede Grossstadt solche Verschiedenheiten in den Haushalten, die bisher nicht bekannt waren und einer momentanen Entscheidung zugeführt werden mussten. Trotz vieler Schwierigkeiten gingen die Arbeiten rasch und sicher vor sich. Selbstverständlich werden noch immer Nachzügler der Ober- und Mittelgruppe in den Brotkommissionen erscheinen, da viel Parteien dieser Gruppe erst nach Wien zurückkommen. Montag, den 3. Oktober beginnt die Abgabe der Erklärungen für die Einzelpersonen der Haushalte, welche sich in die Untergruppe einreihen. Es ist absolut notwendig, dass die Erklärungen richtig ausgefüllt sind, was bei Be- obachtung der in der Kundmachung angeführten Erläuterungen keine we- sentlichen Schwierigkeiten bietet. Es empfiehlt sich jedoch, dass Par- teien, die in der Ausfüllung unsicher sind, sich an solche Bekannte wenden, die die Ausfüllung bereits selbst vorgenommen haben oder von denen vorzusetzen ist, dass sie derselben kundig sind. Es dürfte Jedermann eine solche Person, es werden ja in erster Linie die Lehrer und Beamten ersucht werden, kennen, die ihn bei der Ausfüllung be- hilflich sein wird. Es sei hier nur aufmerksam gemacht, dass ~~bei~~ <sup>bei</sup> Brotmehl- und Diätbrot, welche als Brotersatz dienen, in der Erklä- rung als Laib Brot einzusetzen ist, so dass ein Haushalt, in dem sich vier Personen befinden, wovon eine anstatt des Brotes Störbrot- mehl oder Diätbrot bezieht, in die Erklärung als Wochenmenge vier Laibe Brot und vier Wochenmengen Mehl einzusetzen hat.

Die Parteien, die sich in die Untergruppe einreihen, haben gleich- zeitig mit den Erklärungen die Mehl- und Brotbezugskarten mitzubringen. Nach Ueberprüfung und Richtigbefinden der Erklärungen wird den Bezug- karten der Gültigkeitsstempel aufgedruckt. Der weitere Bezug von Brot und Mehl erfolgt in der bisherigen Weise und gelangen am 22. 22. Oktober 1921 die neuen Bezugskarten für dieselben in der gewohn- ten Art zur Abgabe.

Die Parteien wollen die für die vorgeschriebenen Abgabetermine genau einhalten, weil nur dadurch ein starker Andrang in den letz- ten Tagen vermieden werden kann. Es wird hiermit ausdrücklich betont, dass die Brot- und Mehlverkäufer verpflichtet sind, allen Kunden deren Karten bis einschliesslich 8. Oktober 1921 nicht mit dem Gül- tigkeitsstempel versehen sind, vom 9. Oktober angefangen die weitere Abgabe von Brot und Mehl zu verweigern, daher die rechtzeitige Abga- be der Erklärungen für Jedermann, der Anspruch auf Mehl und Brot er- hebt unbedingt erforderlich ist. Es wird nochmals ersucht, im Inter- esse der Allgemeinheit und im eigenen Interesse die bezüglichen Vor- schriften zu befolgen, damit in Wien auch die Durchführung des Staf- felungsgesetzes wie alle bisherigen Durchführungen sich schön und richtig gestaltet.

Am Schlusse seiner Ausführungen sagt Redner, dass sich aus dem traurigen Bilde, das der Finanzreferent entrollt hat, und aus der noch traurigeren Zeit der nächsten Jahre sich nur das ergebe, dass es tatsächlich notwendig sei, dass sich die Stadt durch angestrenzte und eifrige Arbeit helfe. Man wird sich dazu bequemen müssen, aus eigener Kraft zu helfen, was aber nur dann möglich ist, wenn nicht die ganze Arbeit und Zeit und Mühe für Parteikämpfe verwendet wird. Der Gemeinderat möge damit anfangen mit diesem guten Beispiel voranzugehen und sich vor Augen zu halten, dass nur eine solche Arbeit zum Wiederaufbau der Wiener Wirtschaft führen kann.

GR. Rummelhardt (chr.-soz.) Kollege Dr. Schwarz-Hiller hat mit einem Appell an den Gemeinderat geschlossen, die Aufgaben einer wirklichen Gemeindeverwaltung zu erfüllen und zu arbeiten am Wiederaufbau der Stadt Wien. Er sprach die Worte gewiss als ein Mann, der das Bestreben hat, an der Arbeit teilzunehmen, aber ich kann die Versicherung geben, dass auch wir von einem solchen Bestreben erfüllt sind, wir sind uns bewusst, dass wir die Pflicht haben, alles daran zu setzen, die Folgen des furchtbaren Krieges und die vielleicht noch furchtbareren Folgen des Umsturzes im wirtschaftlichen Leben dieser Stadt wieder gut zu machen. Aber das kann nicht bedeuten, dass wir uns deshalb der Kritik enthalten, denn es ist die Aufgabe einer Minorität, das zu sagen, was durch die Parteilinse der Majorität nicht gesehen wird. Wenn wir das Budget einer flüchtigen Durchsicht unterziehen, kommen wir zum Resultate, dass wir dem Stadtrat Breitner Lob spenden müssen, denn das Defizit vom Vorjahre ist um ein beträchtliches verringert. Das ist aber nur ein scheinbarer Erfolg, weil dem Budget auch verschiedene Anlagen, die noch in Sicht sind, keine Rücksicht genommen wurde. Wenn wir die Mittel betrachten, mit denen er das Defizit herabmindern will, so muss ich sagen, dass sie sehr mittelalterlicher Natur sind, und wenig dazu angetan, eine wirtschaftliche Konsolidierung der Verhältnisse herbeizuführen. Wir haben seit gestern nicht weniger als 21 neue Steuern, und wenn man bedenkt, dass die Wiener Bevölkerung in den nächsten 6 Monaten nicht weniger als 1222 Millionen wird bezahlen müssen, muss man schon sagen, die Form der Finanzgebarung, die dazu führt, muss die Steuerquellen eines schönen Tages versiegen machen.

Redner bespricht die Fürsorgeabgabe und führt aus, dass diese in die Gehälter der Angestellten einkalkuliert wird, die natürlich darunter leiden. Durch die Mietaufwandssteuer seien unerträgliche Verhältnisse geschaffen worden, denn, während die Hauszinssteuer nur 30 Millionen Kronen einbringt, werden von der Mietaufwandssteuer 150 Millionen Kronen genommen. Die unsozialste

Steuer, die je eine Partei geschaffen hat, sei die Untermieterabgabe, die von den Arbeitern und Angestellten, die nicht in der Lage sind, eine Wohnung zu haben, eingehoben wird, und 10 Millionen Kronen trägt. Die 60 Millionen Kronen, die als Ertragnis der Erwerbssteuer festgesetzt werden, werden zum Zusammenbruche des Gewerbe- und Handelsstandes führen.

Trotz der hohen Einkünfte und des sehr gedrosselten Budgets sei für die Angestellten im Budget nicht vorgesorgt worden. Im Jahre 1913 war im Budget mit reichlichen Investitionen, die alle Bedürfnisse nach Möglichkeit berücksichtigen, das einen Gesamtaufwand von 280 Millionen Kronen hatte, ein Betrag von 65 Millionen Kronen für die Angestellten vorgegeben. Dieser Betrag wurde aus Gemeindegeldern bezahlt, sie haben damals 25% der Haushaltsziffer ausgemacht. Bei einem Budget von 3000 Millionen von heute sind für die Angestellten 1139 Millionen vorgesehen.

Nachdem der Staat 70%, d. s. 660 Millionen, zahlt, so bleiben für die Gemeinde 479 Millionen als Ausgaben für die Bediensteten übrig, und das sind nur 15%.

Bei jeder Gehaltserhöhung werden der Angestelltenschaft Abzüge vom Dienstrecht gemacht. Das sind die offiziellen, daneben gibt es noch inoffizielle. Natürlich können solche Dinge die Beamtenschaft nicht freuen und wenn eine Personalvertretung dazu nichts zu sagen hat, so kann sie nicht viel Wert haben. Es wurde vielfach gesagt, es muß an dem Wiederaufbau dieser Stadt gearbeitet werden und es müssen daher alle Kräfte, die im Stande sind zu produzieren, zusammenstehen. Mit dieser Theorie steht im Widerspruch ihre Tätigkeit auf dem Gebiete des Beamtenabbaues. Ich würde kein Wort sagen, wenn sich dieser Abbau gerecht für alle ohne Unterschied vollziehen würde. Es ist aber interessant, dass nur von christlichsozialen und deutschnationalen Beamten gefunden wird, daß sie gehen müssen, während bei sozialdemokratischen Beamten, die schon längst über das Dienstalter hinaus sind, vom Abbau nicht gesprochen wird. Redner stellt sodann neuerlich die Forderung auf endlich die Bezüge der Pensionisten zu regeln. Er endet seine Rede mit den Worten: Zum Schlusse nur ein Wort der Warnung, enthalten Sie sich jeder Parteipolitik in der Verwaltung, zwingen Sie die Minorität nicht dadurch, daß Sie in der Angestelltenpolitik parteiisch vorgehen, zur schärfsten Opposition, ebnen Sie uns den Weg, daß wir den Wunsch erfüllen können, den Dr. Schwarz-Hiller ausgesprochen hat, daß wir uns vereinigen, zum wirtschaftlichen Aufbau unserer Stadt.

Ueber Antrag des Gr. All (Soz.-Dem) wird die General-

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Wien, Samstag, den 1. Oktober 1921. - Abendausgabe. 10 1/4 Uhr

Kapfang der Teilnehmer des zweiten internationalen Kongresses der Kriegsgesamtheit.

Heute abends fand im Festsaal des Rathauses die Begrüßung der Teilnehmer des Kongresses durch Bürgermeister Reumann statt, zu der sich als Vertreter des Ministeriums für soziale Verwaltung Ministerialrat Dr. Wittmayer und Sektionsrat Dr. Partsch, in Vertretung des Ministers für Heereswesen Oberstleutnant Slawik, als Vertreter des Roten Kreuzes Regierungsrat Weiskopf, Vizebürgermeister Emmerling, Vizebürgermeister Hoesl, Mitglieder des Stadtsenates und Gemeinderates, Vertreter des Invalidenamtes eingefunden hatten.

Bürgermeister Reumann begrüßte die Festgäste mit einer Ansprache, in der er u.a. ausführte: In dieser Stadt haben in vergangenen Zeiten internationale Tagungen und Kongresse auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens stattgefunden und wir dürfen zu unserer größten Freude feststellen, dass auch in der Nachkriegszeit unsere Stadt zum Kongressort internationaler Verbände wieder geworden ist.

Der Kongress zeigt allerdings ein ganz verschiedenes ungewohntes Bild, denn er weist mit jedem Worte auf die grosse Weltkatastrophe hin, die wir miterleben mussten und deren Opfer Sie geworden sind. Aber auch unsere gesamte Volkswirtschaft wurde erschüttert und so wurde die ganze Bevölkerung zum Leidtragenden des furchtbaren Krieges.

Es ist ein Kongress, der an das Weltgewissen rüttelt, und die Menschen an das Opfer, das Sie gebracht haben, ständig mahnen soll, damit sie den Weg nicht verlassen, der uns dem Ziele einer wahren Verbrüderung näher bringt.

Drei Jahre Nachkriegszeit werden bald dahin sein. Man baute auf die Abrüstung nicht nur der Besiegten sondern auch der Sieger. Die Friedensverträge aber bedeuten nichts anderes als fortgesetzte Kriegsgefahren und Kriege.

Die Kriegsgeschädigten rafften sich auf, eine Internationale zu bilden. Diese Internationale kann nur ein Bekenntnis zum Weltfrieden sein, sie kann nur ein Glied in der grossen Bewegung derjenigen bilden, die gegen den Kapitalismus, den Imperialismus und gegen den Militarismus kämpfen. Die oberste Pflicht aller öffentlichen Organe ist es nun, die Opfer die Sie an Gesundheit und Körperkraft, an Erwerbsmöglichkeit und Lebensfreude gebracht haben, eingedenk zu sein, und Ihnen in jeder Beziehung Hilfe zu bringen. Es ist bewundernswert, dass sich aus den Reihen der Kriegsgeschädigten selbst beherzte Vertreter gefunden haben, die mit ausserordentlicher Energie die Interessen der Invaliden verfolgen. Ich hoffe, dass die Interessen der Invaliden verfolgen. Ich hoffe, dass die Interessen der Invaliden verfolgen.

darf mit Genugtuung darauf hinweisen, dass die österreichischen Kriegsinvaliden diesen Weg mit Tatkraft beschritten haben und dass Erreichte zum aller grössten Teile Ihnen selbst und Ihren Organisationen zu danken. Die fünfte Vollzugsanweisung des Staatsamtes für soziale Verwaltung zum Invalidenentschädigungsgesetz regelt die Vertretung der organisierten Invaliden und Kriegserwitwen bei den Invalidenentschädigungskommissionen und beim Invalidenentschädigungsgerichte, bei sonstigen staatlichen Behörden, Kommissionen und Anstalten. Die Invalidenfürsorge nimmt in Oesterreich einen breiten Raum ein, in dem beträchtliche Mittel aus verschiedenen Fonds aufgebracht werden, auf deren Verwaltung ebenfalls die Invaliden bestimmenden Einfluss haben. Die österreichische Invalidenschaft darf auf ihre Organisation und ihre bisherigen Erfolge stolz sein. Es ist nicht zu verkennen, dass ihr noch manche harte Kämpfe beschieden sein werden. Aber kraft ihrer Organisationen, die in der internationalen Vereinigung ihre wertvolle Stütze haben, können Erfolge nicht ausbleiben.

Wenn ich von der Entschlossenheit zur Selbsthilfe spreche, von dem unbeugsamen Willen Recht und Wahrheit durchzusetzen, so grüsse ich vor allem jenen opfermutigen Kämpfer unter Ihnen, der durch die leuchtende Tat, durch Wort und Schrift, schon längst bewiesen hat, dass diese Eigenschaften sein Eigen sind. Ich grüsse den Präsidenten der republikanischen Vereinigung der ehemaligen Kriegsteilnehmer in Paris Henry Barbuse. Er ist auch unser Oesterreicher schon lang kein Fremder mehr. Wir schätzen seinen Mut, mit dem er jederzeit für den Friedensgedanken eingetreten ist, und schon während des Krieges allen chauvinistischen Angriffen die Stirne geboten hat. Wir verehren ihn als einen Vorkämpfer für die Verbrüderung unter den Völkern, die auch wir für die einzige Rettung aus der Schmach und Barbarei vergangener Jahrhunderte ersehnen. Wir dürfen bei dieser Tagung aber auch Jean Jaures nicht vergessen, der mit seiner ganzen glühenden Beredsamkeit gegen den Chauvinismus den Urheber des Revanchegedankens gekämpft hat. Sein energisches rückhaltloses Eintreten für den Frieden gegen den Chauvinismus musste er mit seinem Leben bezahlen. Wir können aber auch Viktor Adlers Bestrebungen, den Frieden zu erhalten nicht vergessen.

Mit herzlichem Interesse und gespannter Aufmerksamkeit folgen wir dem Lauf Ihrer Beratungen und wünsche, dass sie zu vollen Erfolge führen. Seine sie überzeugt, dass die Wiener Gemeindeverwaltung Ihren Bestrebungen, soweit es in Ihrer Macht liegt, jede Förderung und Unterstützung zuteil werden lässt, weil sie weiss, dass unser gesamtes Volksleben nur dann der Gesundheit zugeführt werden kann, wenn auch die Sache der Kriegsinvaliden geordnet ist. Wir fassen diesen Angelegenheit nicht nur als eine ernste und heilige aber auch die Interessen der Invaliden verfolgen. Ich hoffe, dass die Interessen der Invaliden verfolgen.

streb... habe, dass... als unsere eigene Angelegenheit, als unsere Herzenssache empfinden. Ich darf mich in diesem Augenblicke wohl an eine meiner schönsten Stunden erinnern, die ich erleben durfte; Es war jener Moment, da im Lainzer Tiergarten die Grundsteinlegung der von der Gemeinde Wien mit allen Mitteln geförderten Invalidensiedlung - der Friedensstadt - stattfand.

Es gäbe nichts Schöneres und Edleres, als wenn wir es erleben könnten, dass das bische Sonnenschein, welches den wenigen durch die Siedlung zuteil geworden ist, auch der grossen Masse der Kriegsgesamtheit und der ehemaligen Kriegsteilnehmer beschieden wäre. Das darf aber nicht hindern, für alle ein menschenwürdiges Dasein zu erkämpfen.

Möge die Internationale der Kriegsgeschädigten zu einem festen Gefüge werden, zu einem Hort für alle Bestrebungen, die sich gegen den Kapitalismus, der Wurzel der Völker mordenden Kriege richten.

Henry Barbuse, von lebhaftem Beifall begrüßt, beginnt seine Rede mit der Versicherung, dass die Kongressteilnehmer, wenn sie wieder aus der Stadt scheiden werden, die Erinnerung an den herzlichen Empfang mitnehmen werden, den die Stadt Wien und ihr Bürgermeister ihnen bereitet haben und die es ermöglicht haben, dass der Kongress im Volkshauses selbst abgehalten werden konnte. Die Arbeiten des Kongresses sind für das Volk und mit dem Volke. Und dass wir dem österreichischen Volke keine Fremden sind, das hat gestern das in und vor dem Rathause versammelte Volk durch die herzlichsten Invationen gezeigt.

Das Wirken und die Arbeit, zur internationalen Organisation der Kriegsgesamtheit zu gelangen, ist eine grosse und mühselige, beide sind aber notwendig und entsprechen und dienen der Sache des Volkes. Die Welt ist mit Wunden bedeckt, die unter dem heutigen internationalen System nicht mehr von neuem geschlagen werden dürfen. Wir wissen es und haben es mit eigenen Augen gesehen, dass die Lage des österreichischen Volkes durch imperialistische Räuberei besonders kritisch ist und durch ungerechte Verletzung der Gesetze, die im Widerspruch mit der Wahrheit stehen, und dem verwerflichen Spiel mit den Valuten, noch weiter verschlechtert wird.

Im Volke gibt es keine Feinde und keine Fremden, das heisst es gibt im Volke auch keine Besiegten und keine Sieger, alle sind durch den Krieg besiegt, weshalb sie sich alle vereinen sollen, gerade so wie sich die Führer vereinigen, um Böses zu tun. Auf die Vereinigung der Völker hinzuwirken, das ist die Aufgabe des internationalen Kongresses der Kriegsgesamtheit. Die Kriegsgesamtheit arbeitet parallel mit den grossen Arbeiterbewegungen und dem organisierten Proletariat, ohne sich durch Wohlwollen beirren zu lassen, wie der Völkerbund eine ist, der ein lächerliches Symbol

des internationalen Reformismus bedeutet.

Der Kongress der Kriegsteilnehmer wird alle ihre Probleme einem positiven Resultate entgegenführen, ihn beschäftigt die Frage einer methodischen und soliden Organisation, wodurch die Bestrebungen aller Brüder gefördert werden sollen. Es kann in keiner anderen Weise für den herzlichen Empfang besser gedacht werden, als dass die Richtlinien der Arbeit der Kriegsgesamtheit und die daran geknüpften Hoffnungen dem Bürgermeister und der Stadt Wien übermittelt werden.

Tiedt sagt, dass der Kongress der Kriegsteilnehmer nicht in allen Städten so freundliche Aufnahme gefunden hat wie in Wien, weil er in dem Sinne arbeitet, das Weltgewissen aufzurütteln und all denen zu predigen, die die Völker in den verbrecherischen und mörderischen Krieg hineingepresst haben. Der Kongress hat die Aufgabe, gegen die Machthaber die Stimme zu erheben, dass sie es nicht ein zweites Mal wagen, Proletariat gegen Proletariat in ein Völkermorden hineinzuhetzen, getragen von dem Gedanken, dass alle sich zusammenschliessen zu der grossen Armee der Überlebenden, die nicht mehr gegen einander, sondern miteinander und für einander den Kampf führen.

In Spa kamen nach dem Weltkriege die Diplomaten zur Arbeit zusammen und bald hernach kamen die Kriegsteilnehmer in Genf zusammen. Auf der einen Seite die Gaunertaktik, auf der anderen Seite die Kriegsteilnehmer, die in brüderlicher Liebe zusammen arbeiten. Genf und Spa zeigt, wie die Zukunft der Welt geschaffen werden muss: Die Internationale des Proletariats, der Völker.

Vergessen darf neben den erwähnten Kämpfern gegen den Krieg nicht Romain Rolland und auch nicht der Deutsche Karl Liebknecht und Bebel sein, was Barbuse nach dem Kriege in Frankreich gearbeitet hat, der das Ziel gezeigt hat, das hinaus führt aus dem Kriege und uns bringt in die neue Weltheimat, das uns eine neue Religion geworden ist, die mit allen Proletariats in Verein verwirklicht werden soll. Die Brüderschaft, die die Deutschen während des Krieges geschlossen haben, muss in Ansehung dieses Zieles von längerer Dauer sein, als es die war, die für ein falsches Ziel geschlossen wurde. Das Ideal der Kriegsgesamtheit, das nationale Ideal der Menschheit ist besser als das nationale Ideal.

Mil. Haug weist auf Barte von Suttner hin, und sagt, dass sie über den Empfang des Kongresses durch die Stadt Wien nicht so sehr erstaunt sei, doch die genannte Frau schon vor dem Kriege fleissige Propaganda gegen ihn gemacht hat. Wenn man sich während des Krieges gefragt hat, warum hat das Buch „Die Waffen nieder“ nicht ein grösseres Echo gefunden? Diese Frage versteht man heute, da ein Ideal nicht nur ein Ideal sein und bleiben kann, sondern dass es auch zur Wahrheit und Wirklichkeit werden muss. Es ist daher Pflicht, dass die Kriegsgesamtheit das Ziel bei

den Wurzeln fassen und alle Menschen in der Welt müssen aufgerufen werden, damit sie helfen, die neue Weltheimat zu erbauen und der Spruch „Die Waffen nieder“ zur Wahrheit wird.

Nach einem Musikvortrage des Stiegler - Quintetts, das auch die Begrüßung einleitete, fand die Feier ihr Ende.

-----

Die Katastrophe in Oppau. Anlässlich der Explosionkatastrophe in der Anilinfabrik in Ludwigshafen hat ~~der~~ Bürgermeister Reumann sofort eine Beileidsdepesche an die Stadtverwaltung von Ludwigshafen gesendet. Heute langte ein Antwortschreiben auf diese Depesche ein, in der der Bürgermeister von Ludwigshafen für das zum Ausdruck gebrachte Beileid namens des Stadtrates und der vom Unglück betroffenen bestens dankte.

-----

Mehlspeismaschinen erst vor ganz kurzer Zeit wieder in Betrieb  
gesetzt werden, da sie während des Krieges für Fütterzwecke aus-  
gebergt waren. Die Küchenführung wird auch erschwert durch die  
Anlage der Magazine. Wenn auch zugegeben werden kann, dass die  
Errichtung von Zentralmagazinen in früherer Zeit schon deshalb  
keine unbedingte Notwendigkeit war, weil die ~~zentrale~~ Zulie-  
ferung tagtäglich möglich und relativ billig gewesen ist, so sind  
diese Argumente heute schon deshalb hinfällig, weil die zentra-  
le Bewirtschaftung einerseits, die hohen Transportkosten ander-  
seits eine weitgehende Staffelnung von Nahrungsmitteln verlangen.  
Da solche Magazine nicht existieren, die Lebensmittel vielmehr  
in den Kellerräumen der verschiedenen Pavillons deponiert werden  
müssen, ergibt dies eine Reihe von Missständen. Nichtsdestoweniger  
muss angeführt werden, dass die Reinlichkeit in dem Handmagazin  
in der Küche sowie die ganze Führung viel zu wünschen übrig lässt.  
Augenblicklich ist die Trinkmenge ca 800 Liter pro Tag, ein Quan-  
tum welches sich erklären lässt teils durch die Verweigerung der  
Speiseaufnahme, über welche noch später gesprochen werden wird,  
teils durch die Verschreibung der vielen Gemüsebeilagen, die  
nicht verzehrt werden können, was sich aus dem hohen Alter der  
Majorität der Patienten ergibt. Wenn in den Monaten Mai und Juni  
diese hohe <sup>Trinkmenge</sup> auf über 1000 Liter gestiegen ist, so er-